

Manuskript Sendung Radio Darmstadt, Redaktion „Darmstadt Interkulturell“, am 18.5.2017 – Auszüge zu Flucht und Asyl – Aktivitäten KOKAS – Veranstaltungen Erklärungen

Die heutige Sendung wird sich wieder mit dem Dauerthema Flucht und Asyl beschäftigen. Ein Dauerthema, das auch weitgehend demokratische Wahlen beeinflusst.

Make America great again – auch durch Abschottung zu Mexiko.

In der EU konnten die Abschottungsparteien nochmal in Schach gehalten werden. Keine Machthebel für Wilders in den Niederlanden, Le Pen in Frankreich und hoffentlich auch Gauland in Deutschland.

Die Demokratie ist grundsätzlich eine offene Gesellschaft, die alle einbezieht, die in einer Gesellschaft, auf einem Territorium leben. Langsam aber sicher bewegt sich auch die deutsche Gesellschaft in diese Richtung. Allzu lange tönte uns entgegen: „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“ Dafür ist Deutschland eine Fachkräfte-Mangelland!

Im Manuskript der Sendung werden die nachfolgenden Dokumente zitiert:

- **Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN):**

Resolution zur aktuellen Entwicklung der politischen Debatten über Flüchtlinge und das behördliche Handeln, vom 4.5.2017

<http://www.ekhn.de/aktuell/detailmagazin/news/scharfer-protest-von-kirchensynode-gegen-asylpraxis.html>

- **Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen** vom 24.01.17

Pressemitteilung trägt den Titel „Alle Abschiebungen nach Afghanistan sofort stoppen“.

https://www.liga-hessen.de/news-detail/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=342&cHash=67bdf8b6293d7d12bbdb4142323a5be6

- **Deutscher PEN unterstützt die Initiative „Weiter Schreiben“:**

Pressemitteilung am 17. Mai 2017 www.weiterschreiben.jetzt

➤ **„Räume einer anderen Globalisierung: Veranstaltung von medico international zu „Weltoffene Städte“, am 8.6.2017**

<https://www.medico.de/weltoffene-staedte-16761/>

➤ **Beraterfirma McKinsey mit dem Titel „Goldener Schreibtischtäter im Abschiebebusiness“ ausgezeichnet, Verleihung am 23. Mai 2017**

<http://www.rhein-main.g20hamburg.org/content/rassistische-schreibtischt%C3%A4ter-ins-rampenlicht-r%C3%BCcken>

- **Institut für Theologie und Politik, Münster:**

Pressemitteilung Angriffe auf kirchliche Schutzräume gehen weiter, 15.5.2017

<http://www.itpol.de/?p=2654>

- **Darmstädter Initiative „Bürgerasyl für afghanische Flüchtlinge“ 20.5.2017**

Wortlaut s.u.

Die kulturarmen Vertreter einer deutschen Monokultur wollen die Gesellschaft nach außen abschotten, nur ein deutschstämmiges Volk, wer immer dann dazu gehört, soll hier zu hause sein. Eine Ethnie also, griechisch für ein homogenes Volk. Diese einkulturellen Gesellen, wollen ein solches Ethnos, eine monokulturelle Gesellschaft, mithin eine Ethnokratie, keine Demokratie.

Solche bremsenden Momente gab und gibt es in jeder historischen Weiterentwicklung. Sie speist sich aus Angst, etwas zu verlieren, sich nicht mehr zurechtzufinden, sich selbst womöglich verändern zu müssen.

In der Auseinandersetzung mit solchen Gefühlslagen ist eigene Ehrlichkeit wichtig, ebenso wie Einfühlungsvermögen, aber auch einiges Sachwissen. Das kann man trainieren, wenigstens einiges davon. Darüber hinaus ist es auch wichtig, über Reaktionen und Strategien auf Angst- und Panikparolen nachzudenken. All das geschieht in Tagestrainings, die vom Koordinationskreis Asyl Darmstadt und Landkreis (kurz KOKAS) angeboten werden, in Zusammenarbeit mit Trainern vom VVN-BdA, das ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. Ein Kurs war im April, ein weiterer findet noch im Mai statt und eine Warteliste existiert bereits für einen weiteren Kurs, vermutlich im September. Bei Interesse melden Sie sich unter info@asylkreis-darmstadt.de. Oder kommen Sie einfach zum Int. Bürgerfest am Samstag auf den Luisenplatz. Unter den vielen bunten Ständen finden Sie dann auch den des KOKAS, mit noch vielen weiteren Angeboten.

Eine neuere Aktivität ist eine Afghanistan-Gruppe, die mithelfen will, den Widerstand gegen Abschiebungen nach Afghanistan zu stärken. Sie setzt sich aus Aktiven in der Darmstädter Region zusammen, aber auch aus Babenhausen und Eppertshausen kommen Engagierte hinzu. Man will kontinuierlich mit Landespolitiker*innen ins Gespräch kommen, wie bereits mit Heike Hofmann von der SPD. Besonders macht sich die Gruppe auch für die monatliche Mahnwache auf dem Luisenplatz stark und erscheint dort regelmäßig mit Betroffenen aus Afghanistan. Die Mahnwachen finden immer am 3. Montag im Monat statt.

Die Ablehnung von Abschiebungen nach Afghanistan wird ebenfalls von der Liga der Wohlfahrtsverbände und der Synode der Ev. Kirche in Hessen und Nassau unterstützt. In der Pressemitteilung zur Synoden-Resolution heißt es zunächst:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat am Donnerstagnachmittag, den 4. Mai, die gegenwärtige Asylpraxis in Deutschland scharf kritisiert und von den politisch Verantwortlichen vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Wahlkampfes ein Umdenken gefordert. Mit „Sorge und Unverständnis“ nehmen die 140 Delegierten des mit einem Parlament vergleichbaren Kirchengremiums die aktuelle Entwicklung der politischen Debatten über Flüchtlinge und das behördliche Handeln wahr. Zunehmend stünden Abschiebung und Rückkehr im Vordergrund. „Wir fordern die politisch Verantwortlichen in der Bundes- und Landespolitik dazu auf, ihr Hauptaugenmerk wieder auf die dringend notwendige Integration neu Ankommender in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft zu legen“, heißt es in dem Text.

Unter der Überschrift: „**Abschiebungen verhindern“ wird mitgeteilt:** Darüber hinaus sprach sich die Synode gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus. Die Sicherheitslage in dem Land sei „prekär und unvorhersehbar“ und verschlechtere sich „ständig dramatisch“. Die Menschenrechtslage bleibe besorgniserregend. Die Synode forderte „die Öffnung der Integrationsangebote für afghanische Asylsuchende, die ihnen wegen angeblich schlechter Bleibeperspektive bisher verschlossen sind“. Schließlich kritisierte das Gremium auch die von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge zur Änderung der Dublin-Verordnung. Die Änderungen würden bei einer Umsetzung die Situation für Geflüchtete noch weiter verschärfen. So sollen unter anderem künftig auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Länder abgeschoben werden können, über die sie nach Deutschland gekommen sind.

Außerdem fordert die Synode die Akzeptanz eines Religionswechsels in eine christliche Kirche und die Ermöglichung von Familienzusammenführungen.

Noch deutlicher formuliert die **Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.** ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände.

Ihre Pressemitteilung trägt den Titel „Alle Abschiebungen nach Afghanistan sofort stoppen“. Darin heißt es:

„Afghanistan ist nicht sicher, und es gibt dort auch keine sicheren Regionen. Wenn Deutschland weiterhin Schutzsuchende in das von Bürgerkrieg und Terror gebeutelte Land abschiebt und Hessen sich daran beteiligt, ist das unverantwortlich“, sagt der Vorstandsvorsitzende Thomas Domnick auf der heutigen Liga-Vorstandssitzung in Frankfurt. Im Namen aller Liga-Verbände forderte er die Hessische Landesregierung auf, umgehend einen vorerst dreimonatigen Abschiebestopp für Geflüchtete aus Afghanistan zu verhängen.

Die Einschätzung der Sicherheitslage in einzelnen Staaten, die Grundlage für das Asylverfahren ist, obliegt zwar dem Bund. Die Länder haben aber den Spielraum, Abschiebungen vorübergehend auszusetzen. Die Wohlfahrtsverbände appellieren an das Hessische Innenministerium, diesen Spielraum zu nutzen und sich nicht erneut an einer Sammelabschiebung nach Afghanistan zu beteiligen. Bei der ersten Sammelabschiebung am 14. Dezember 2016 waren auch vier Schutzsuchende aus Hessen an Bord der Maschine nach Kabul. „So etwas darf sich nicht wiederholen, und auch Einzelabschiebungen lehnen wir grundsätzlich ab“, sagt Stefan Gillich, Vorsitzender des zuständigen Liga-Arbeitskreises für das Thema Flucht und Asyl: „Der aktuelle UNHCR-Bericht macht eine Kehrtwende im Umgang mit Flüchtlingen aus Afghanistan unumgänglich.“

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR urteilte erst kürzlich, dass sich die Lage in Afghanistan seit April 2016 „rapide verschlechtert“ habe. Demnach sei „das gesamte Staatsgebiet Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ betroffen. Die Zahl der zivilen Opfer lag laut UNHCR im ersten Halbjahr 2016 bei 1.600 Toten und 3.500 Verletzten und war damit so hoch wie seit 2009 nicht mehr. „In Anbetracht dieser klaren Aussage ist es völlig absurd, von sicheren Regionen in Afghanistan zu sprechen“, so Liga-Vorsitzender Thomas Domnick: „Die Landesregierung dürfe der Fehleinschätzung des Bundesinnenministeriums zur Sicherheitslage in Afghanistan nicht blind folgen“

Um die Sicherheit der Afghaninnen und Afghanen zu garantieren, die in Hessen Schutz suchen, sollte das Hessische Innenministerium aus Sicht der Wohlfahrtsverbände umgehend zusätzliche Maßnahmen ergreifen. So könnte es die Ausländerbehörden in den Städten und Kreisen anweisen, als Alternativen zur Abschiebung alle vorhandenen aufenthaltsrechtlichen Bleiberechtmöglichkeiten für Betroffene auszuschöpfen.

Der deutsche PEN schickte der Redaktion folgende Pressemitteilung am 17. Mai 2017:

Deutscher PEN unterstützt die Initiative „Weiter Schreiben“

Das PEN-Zentrum Deutschland unterstützt die Initiative „Weiter Schreiben“, ein literarisches Portal, auf dem Autoren aus Krisengebieten mit deutschsprachigen Kollegen literarische Texte und Übersetzungen erarbeiten, um den künstlerischen Austausch zu fördern und neue, gemeinsame Perspektiven zu schaffen. „Wie wichtig es ist, den Kolleginnen und Kollegen, die Zuflucht in Deutschland suchen, zu einer Stimme und zur Wahrnehmung ihrer Stimme in der Öffentlichkeit zu verhelfen, wissen wir aus den vielfältigen Erfahrungen und Begegnungen mit verfolgten Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt im Writers-in-Exile Programm des PEN.“

Und was wir auch daraus gelernt haben, ist, dass wir durch diese Begegnungen selbst reich beschenkt werden“, so PEN-Präsidentin Regula Venske.

Für die Literaten ist der Schreibprozess durch die politische Situation in ihren Herkunftsländern unterbrochen. Der Zugang zum Literatur- und Medienbetrieb ist verstellt, das Publizieren fast unmöglich. Oft kommt eine akute Bedrohungssituation hinzu. Exil bedeutet „Entbehrung, Unsicherheit und abgrundtiefe Verzweiflung“, so die türkische Schriftstellerin und Soziologin Pinar Selek, die von 2009 bis 2011 Stipendiatin im Writers-in-Exile Programm des deutschen PEN war.

Auf www.weiterschreiben.jetzt werden literarische Texte der Autoren in der Originalsprache sowie in deutscher Übersetzung veröffentlicht und durch Fotografen und Künstler, die ebenfalls aus Krisengebieten stammen, illustriert. Zum Auftakt von „Weiter Schreiben“ findet am 18. Mai 2017, also heute, eine Lesung mit syrischen Autoren in der deutsch-arabischen Bibliothek Baynetna in Berlin statt.

Für das PEN-Zentrum Deutschland: Carlos Collado Seidel, Generalsekretär

Das sind „**Räume einer anderen Globalisierung**“. So lautet auch der Untertitel einer Veranstaltung von **medico international**, die „Weltoffene Städte“ zum Thema hat.

Medico schreibt dazu: In den vergangenen Monaten haben die Europäische Union und viele Länder der Welt das Abschottungsregime eskaliert: Grenzen wurden geschlossen, Gesetze verschärft, Ängste geschürt, Bürgerrechte außer Kraft gesetzt.

Unterhalb der nationalen Ebene aber leben zivilgesellschaftliche Initiativen und Kommunen eine andere Idee von Globalisierung. So positionieren sich weltweit Kommunen als Städte der Zuflucht (Sanctuary Cities). Sie bilden Räume gegenseitiger Hilfe unter Fremden und sind Anknüpfungspunkte für die demokratische Ausgestaltung eines transnationalen Gemeinwesens. Ausgehend von dieser solidarischen Praxis werden auf dem Symposium Perspektiven für ein anderes, wirklich weltoffenes Europa diskutiert. Den Eröffnungsvortrag am Donnerstagabend hält Gesine Schwan, die jüngst einen zukunftsweisenden Vorschlag zur Europäisierung der Flüchtlingspolitik und zur gerechten Finanzierung einer dafür erforderlichen Infrastruktur vorgelegt hat. Im weiteren geht es um Themen wie: „*Stadtpolitiken im Widerspruch von Emanzipation und Rassismus*“, „*Handlungsspielräume und Gegenentwürfe für eine "Stadt der Zuflucht"*“, oder „*Trump, Rassismus und die Bedeutung lokalen Widerstands*“. Am Nachmittag kann man sich in thematischen Arbeitsgruppen austauschen.

Der Vortrag von Gesine Schwan findet am Donnerstag, 8. Juni, abends statt, die weiteren Themen am Freitag. Teilnahme geht nur über Anmeldung, die über die Seite, <https://www.medico.de/formulare/symposium/> vorgenommen werden kann.

Schreibtischtäter, die zur Eskalation des Abschottungsregimes beitragen, werden durch eine Preisverleihung ins Rampenlicht gerückt. Am 23. Mai wird die **Beraterfirma McKinsey mit dem Titel „Goldener Schreibtischtäter im Abschiebebusiness“** ausgezeichnet.

Bundesweit vermehrte Durchsetzung von Abschiebungen, das ist Teil der Empfehlungen der Beraterfirma McKinsey an die Politik. Das Unternehmen kassierte für ihre Studie zur „Optimierung“ des Abschiebebusiness im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Ende 2016 insgesamt 1,8 Millionen Euro. Effizienz auf Kosten von Menschen ist schon lange McKinsneys Leitmotiv: Die Firma war bereits maßgeblich an der Planung, Vorbereitung und Umsetzung der Agenda 2010 und Hartz IV beteiligt, indem es die Einführung eines Niedriglohnsektors und vermehrt prekäre Beschäftigung vorschlug.

Um „Abschiebungen effizienter zu gestalten“ ist der Bundesregierung offenbar kein Preis zu hoch und jedes Mittel recht - und McKinsey ist zu Diensten. Die Unternehmensberatung empfahl dem BAMF, den Druck auf abgelehnte Asylbewerber*innen zu erhöhen, indem vermehrt „freiwillige Ausreisen“ durchgeführt werden sollen. Geflüchtete sollen von der „Sinnlosigkeit“ ihrer Asylanträge überzeugt werden. Im Sinne einer verschärften Abschreckung und Einschüchterung wird zudem zur Errichtung weiterer Abschiebeknäste geraten und die Wiedereinführung von Sachleistungen für Geflüchtete empfohlen.

Sogenannte „Freiwillige Ausreisen“ sollen noch in diesem Jahr deutlich vermehrt eingesetzt werden, da sie, so hoffen McKinsey und BAMF, weniger Widerstand hervorrufen und in der Öffentlichkeit eher akzeptiert werden als Abschiebungen mit Polizeieinsätzen. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr insgesamt 23.886 Abschiebeflüge durchgeführt, das perfide System der erzwungenen sogenannten „freiwilligen Rückkehr“ war mit 55.000 finanzierten Rückflügen im letzten Jahr bereits um mehr als doppelt so „effizient“.

*Die Preisverleihung am 23. Mai 2017 startet mit einem feierlichen Umzug um 16 Uhr von der Konstablerwache. Um 17 Uhr sind alle herzlich eingeladen zur Preisverleihung am Taunustor 2 im Bankenviertel.

Und entsprechend diesem Klimawechsel verstärkt sich der Druck auf das Kirchenasyl. Dazu eine Pressemitteilung des Instituts für Theologie und Politik, Münster am 15. Mai 2017: Angriffe auf kirchliche Schutzräume gehen weiter:

Zur Räumung eines Kirchenasyls in Ludwigshafen

Am Dienstag, 09.05.2017 ist in Ludwigshafen ein Kirchenasyl von den Behörden zwangsgeräumt worden. Eine koptische Familie, die in der Evangelischen Stadtmission Zuflucht gesucht hatte, um Zeit für die Beschaffung von Unterlagen bei der Deutschen Botschaft zu gewinnen, wurde **von der Polizei aus dem Kirchenasyl geholt** und soll **unmittelbar danach nach Ägypten abgeschoben** worden sein.

Die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche hat in ihrer Pressemitteilung **dieses Vorgehen aufs Schärfste kritisiert**: sie sieht darin einen nicht hinnehmbaren **Tabubruch**. Ebenso spricht sie von einem Bruch der zwischen Staat und den beiden großen Kirchen 2015 getroffenen Vereinbarungen, in denen staatlicherseits zugesichert worden war, **Kirchenasyle zu respektieren**.

„Wir sind entsetzt und erschüttert über dieses Vorgehen seitens der Behörden,“ so Benedikt Kern, Referent für Kirchenasyl am Münsteraner Institut für Theologie und Politik, „leider fügt es sich in eine Reihe von Versuchen das **Kirchenasyl zu delegitimieren und zu kriminalisieren**“, wie dies in jüngster Zeit vor allem in Bayern zu beobachten war. „Die Zusagen des Bundesinnenministeriums Kirchenasyle prinzipiell zu respektieren, werden so zu bloßen Lippenbekenntnissen, wenn die oftmals traumatisierten Menschen in den Kirchenasylen jeden Tag bangen müssen, von der Polizei abgeholt zu werden. Angesichts der sich verschärfenden Migrationspolitik von Bund und Ländern, die individuelle Härten und humanitäre Standards immer weniger berücksichtigt, sind aus unserer Sicht **Kirchenasyle leider notwendiger denn je**“, so Kern.

<http://www.itpol.de/?p=2654>

Und manche Initiativen gehen sogar darüber hinaus. So z.B. die Bürger-Asyl-Initiative. Hier der Wortlaut des Aufrufes für Darmstadt, der am Samstag beim internationalen Bürgerfest am Stand von Koordinationskreis Asyl Darmstadt und Landkreis zur Unterschrift ausliegt:

Darmstädter Initiative „Bürgerasyl für afghanische Flüchtlinge“

Mit dieser Initiative greifen wir auf, was andere Gruppen u.a. in Stuttgart gestartet haben: ein lokaler Aufruf (siehe unten) zum zivilen Ungehorsam, um von Abschiebung bedrohte Menschen zu schützen.

Aktuell ist dieser Aufruf vor allem ein politisches Zeichen. Denn die Abschiebepolitik bezüglich Afghanistan ist politisch höchst umstritten und auch unter massiver medialer Kritik. Wir sehen eine Chance zu einem Abschiebestopp beizutragen. Solche öffentlichen Initiativen können weiteren Druck aufbauen.

Doch mit dem Aufruf geht es auch um den konkreten Aufbau von Schutzstrukturen. Dazu möchten wir in absehbarer Zeit zu einem Treffen einladen.

Dort wollen wir über die anderen Initiativen informieren und über konkrete Handlungs- und Unterstützungsstrukturen sprechen.

Dafür können wir auf lokale Erfahrungen in den Kirchenasylen der letzten Jahre zurückgreifen, wir wollen aber bewusst über kirchliche Räumlichkeiten hinausgehen. Vielleicht gelingt es auch, diese Initiative längerfristig in eine Kampagne zur „Solidarischen Stadt Darmstadt“ zu stellen und damit an einer weiteren Vernetzung mitzuwirken.

Darmstädter Erklärung, Mai 2017

Afghanistan ist nicht sicher!

Wir werden mit Bürgerasyl afghanische Flüchtlinge schützen, die von Abschiebung bedroht sind!

Internationale Organisationen und ExpertInnen sind sich einig, das Auswärtige Amt in Berlin veröffentlicht sogar Reisewarnungen: Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich massiv verschärft, die wechselnden Fronten des Bürgerkriegs ziehen sich durch alle Regionen. Dennoch drängt das Bundesinnenministerium unter Thomas de Maizière weiter auf Abschiebungen von afghanischen Asylsuchenden. Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern ist die hessische Landesregierung bislang nicht bereit, diese Abschiebungen auszusetzen.

Deshalb wollen wir jetzt handeln und erklären öffentlich:

Wir werden von Abschiebungen bedrohten Flüchtlingen aus Afghanistan Bürgerasyl gewähren. Wir werden Platz machen in unseren Wohnungen und notfalls die Menschen verstecken, die in Krieg und Verfolgung zurückgeschickt werden sollen.

Ist ein Bürgerasyl gegen Abschiebungen „legal“? Nein, aber legitim und notwendig.

Wenn Appelle und Demonstrationen nicht ausreichen, ist ziviler Ungehorsam im Namen der Menschlichkeit geboten.

Mutige Kirchengemeinden helfen seit Jahren in Einzelfällen mit Kirchenasyl, viele FreundInnen und Verwandte unterstützen abschiebebedrohte Angehörige und riskieren damit Kriminalisierung und Bestrafung.

Daran anknüpfend machen wir diesen öffentlichen, gemeinsamen Schritt. Die Abschiebungen nach Afghanistan müssen gestoppt werden. Wir wollen ein offenes und solidarisches Darmstadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, LHH. Das nächste Magazin „Darmstadt Interkulturell“ bieten wir Ihnen wieder am nächsten dritten Donnerstag im Monat.